

# Wirtschaftspolitische Konzepte in der Übersicht (Lüpertz 2007, 331 ff.)

- Nachfrageorientierte  
Wirtschaftspolitik
- Angebotsorientierte  
Wirtschaftspolitik

# Staatsauffassung

interventionistische  
Staatsauffassung:

Staat übernimmt  
stabilisierungspolitische  
(insbesondere  
Beschäftigungspolitische)  
Verantwortung,

Politikoptimismus

liberalistische  
Staatsauffassung

(möglichst wenig  
Staatseingriffe): Staat  
übernimmt keine  
stabilitätspolitische  
Verantwortung,

These vom Staatsversagen

# Theoretische Grundlagen

Keynesianismus:

makroökonomische Nachfrage-  
fragetheorie

Neoklassik:

monetaristische Version  
der Quantitäts-theorie,  
Saysches Theorem

# Grundannahmen

Instabilitätshypothese:

Marktwirtschaftliche Systeme sind aufgrund von Marktversagen instabil (Marktpessimismus).

Unterbeschäftigung ist auf eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückzuführen. Die Wirtschaftspolitik ist aber in der Lage, mit geeigneten Interventionen das Marktsystem zu stabilisieren.

Stabilitätshypothese:

Marktwirtschaftliche Systeme sind stabil und tendieren zum Gleichgewicht auf allen Märkten (auch auf dem Arbeitsmarkt). Instabilität ist die Folge von unzureichendem Wettbewerb und/oder von Eingriffen des Staates in das Marktsystem.

Wachstumsschwäche und Unterbeschäftigung sind insbesondere auf zu geringe private Investitionen

# Vorrangiges wirtschafts- politisches Ziel

Sicherung eines hohen  
Beschäftigungsstandes

Preisniveaustabilität; ein  
stabiles Preisniveau ist  
Voraussetzung für das  
Wirksamwerden des Markt-  
und Preismechanismus, der  
auf allen Märkten ein  
Gleichgewicht herbeiführt.

# Wirtschaftspolitische Konzeption

Ablaufpolitik

(Prozesspolitik):  
antizyklische Konjunktur-  
politik

Ordnungspolitik:

verstetigende, am  
Produktionspotenzial  
orientierte Wachstumspolitik

# Ansatzpunkte der Stabilitätspolitik

**Nachfragesteuerung:** Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt die Höhe von Sozialprodukt, Volkseinkommen und Beschäftigung. Sie muss durch verschiedene wirtschaftspolitische Instrumente gesteuert und der Entwicklung des Produktionspotenzials angepasst werden (Globalsteuerung). Im Mittelpunkt stehen ablaufpolitische (prozesspolitische) Maßnahmen.

**Angebotssteuerung:** Die Rentabilität der Produktion bestimmt die Höhe von Sozialprodukt, Volkseinkommen und Beschäftigung. Aufgabe des Staates ist es, die Voraussetzungen für das optimale Funktionieren des Markt-systems zu schaffen und die Rahmenbedingungen für „mehr Markt“ entsprechend zu gestalten. Im Mittelpunkt stehen ordnungspolitische Maßnahmen (z. B. Wettbewerbsschutz, Privatisierung, Deregulierung).

# Aufgaben der staatlichen Finanzpolitik

Die Fiskalpolitik übernimmt die zentrale Rolle im Rahmen der Stabilisierungspolitik. Mittels staatlicher Einnahmen- und Ausgabenpolitik soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage antizyklisch gesteuert werden (Fiskalismus). Initialzündung zur Bekämpfung der Unterbeschäftigung sind kreditfinanzierte Staatsausgaben (Deficitspending).

Aufgabe der Finanzpolitik ist in erster Linie die Bereitstellung öffentlicher Güter (= Beschränkung der Finanzpolitik auf die Allokationsfunktion). Die staatlichen Einnahmen und Ausgaben sollen am Wachstum des Produktionspotenzials orientiert und dadurch konjunkturneutral sein. Die Unternehmensteuern sollen auf ein leistungsfreundliches Niveau gesenkt werden.



# Aufgaben der Geldpolitik

Die Geldpolitik soll die Fiskalpolitik lediglich unterstützen (Monetary-fiscal-policy). In der Rezession wird eine „Politik des billigen Geldes“ gefordert, um die Finanzierungsbedingungen für private Investitionen zu verbessern und die Zinslasten für die notwendigen staatlichen Haushaltsdefizite zu mildern.

Die Geldmengenentwicklung soll – der monetaristischen Auffassung entsprechend – am Wachstum des Produktionspotenzials ausgerichtet werden (potenzialorientierte Geldpolitik).

# Aufgabe der Einkommenspolitik

Der Lohnpolitik wird keine zentrale Rolle bei der Beschäftigungssicherung zugewiesen. Um unangemessene Verteilungskämpfe mit negativen Folgen für Preisniveau und Beschäftigung zu verhindern, soll die Einkommenspolitik an Orientierungsdaten (Lohnleitlinien) im Rahmen eines vereinbarten Verhaltens („Konzertierte Aktion“ gem. § 3 StabG) zwischen den Tarifpartnern und dem Staat ausgerichtet werden. Von gewerkschaftlicher Seite wird bei Tarifverhandlungen betont, dass Lohnerhöhungen zu mehr Kaufkraft und damit zu mehr Beschäftigung führen (Kaufkrafttheorie).

Der Lohnpolitik wird die beschäftigungspolitische Hauptverantwortung zugewiesen, da Arbeitslosigkeit als Ausdruck unflexibler Arbeitsmärkte und zu hoher Lohnkosten aufgefasst wird.

Nicht der Staat, sondern die Tarifparteien sollen die Verantwortung für die Vollbeschäftigung übernehmen (Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos). Als mit dem Beschäftigungsziel vereinbar wird eine produktivitätsorientierte oder kostenniveauneutrale Lohnpolitik angesehen.